



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
12.04.2025 NDR: Radarstation, Windpark und Nuklear-Lager im Visier von Drohnen	4
11.04.2025 umweltfairaendern.de: Unnötige Atomtransporte durch NRW: Bundestagsabgeordneter fordert Moratorium	4
Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	8
14.04.2025 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung: Rollen ab 2026 wieder Züge nach Lubmin?	9

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



NDR

Radarstation, Windpark und Nuklear-Lager im Visier von Drohnen

12. April 2025 06:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

von Henning Strüber, Martin Möller, Juliane Mau, Martina Rathke

Ziel solcher Drohnen-Überflüge waren im Jahr 2024 etwa das **EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen** in Lubmin, das LNG-Terminal in Sassnitz-Mukran sowie eine Bundeswehr-Einrichtung auf Rügen, der Rüstungsbetrieb General Dynamics in Neubrandenburg, der Offshore-Windpark "Baltic 1" in der Ostsee, eine nicht näher bezeichnete Polizei-Liegenschaft sowie in drei Fällen der Industriehafen Lubmin. Dort lag bis zum Frühjahr 2024 das LNG-Regasifizierungsschiff "Neptune". Auch das **Zwischenlager Nord**, wo unter anderem hochradioaktive Abfälle eingelagert sind, befindet sich auf dem Areal.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



umweltfairaendern.de

Unnötige Atomtransporte durch NRW: Bundestagsabgeordneter fordert Moratorium

11. April 2025 14:25 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Dirk Seifert

11. April 2025 0

Selbst die Gewerkschaft der Polizei in NRW hatte zuletzt den Sinn der über 150 geplanten gepanzerten Hochrisiko-LKW-Transporte mit **Atommüll** von Jülich nach Ahaus kritisiert und die staatlichen Planungen als „unverhältnismäßig“ bezeichnet. Eigentlich hatten die Grünen in NRW im Koalitionsvertrag mit der CDU

vereinbart: keine unnötigen Atomtransporte mehr! Jetzt fordert der aus Aachen stammende Bundestagsabgeordnete Fabian Fahl (Linksfraktion) in einem Schreiben von dem für die Genehmigung zuständigen Bundesamt BASE ein „Moratorium“. Kathrin Vogler, ehemalige Bundestagsabgeordnete und jetzt Sprecherin des Landesverbandes NRW hatte zuvor der schwarz-grünen Landesregierung „Wortbruch“ vorgeworfen. (Foto: aus einem Internet-Vortrag der JEN-Geschäftsführerin, siehe auch unten.) In NRW wächst der Protest gegen diese unsinnigen „atomaren Wanderzirkus“, wie es der MdB Fahl nennt. Nach einem Briefwechsel mit der zuständigen grünen Ministerin: „Linke wirft Wüst und Neubaur „Wortbruch“ vor“ (siehe unten als Dokumentation).

Der neue Bundestagsabgeordnete Florian Fahl (Linksfraktion) aus Aachen hat sich jetzt an die zuständige Atom-Genehmigungsbehörde BASE gewandt. In einem Brief an BASE-Präsident Christian Kühn fordert er ein Moratorium gegen die Durchführung der gefährlichen Atomtransporte. „Die ursprünglich angeführte Begründung – mangelnde Erdbebensicherheit in Jülich – ist längst widerlegt, auch durch das zuständige Bundesamt BASE. Stattdessen wird weiter auf veraltete Argumente gesetzt und werden 152 gefährliche Transporte quer durch NRW angestrebt, ohne wissenschaftliche Notwendigkeit und ohne den Einbezug der Öffentlichkeit“, so Fahl in der PM zur Begründung. (Siehe unten als Dokumentation). Außerdem hat Fahl eine schriftliche Frage an die Bundesregierung auf den Weg gebracht, teilt er in der PM mit.

Seit über einem Jahrzehnt ist das hochgefährliche radioaktive Erbe der Atomenergie in Jülich Streitthema. Ehemals bestehende Bedenken wegen möglicher Mängel beim Erdbebenschutz konnten zuletzt ausgeräumt werden. Dennoch hält das grün geführte Wirtschaftsministerium in NRW an einer vor rund zehn Jahren verfügten Räumungsanordnung fest und blockiert sich im Grunde selbst.

Die Grünen in NRW hatten ehemals klar angesagt: Für den Atommüll aus dem ehemaligen Forschungsreaktor AVR in Jülich darf es nur noch eine Reise geben, nämlich die in ein Endlager.

Im Koalitionsvertrag mit der CDU ist daher auch geregelt: Es soll keine unnötigen Atomtransporte mehr durch NRW geben. Die PM von Kathrin Vogler zitiert aus dem NRW-Koalitionsvertrag: ‚Wir setzen uns für eine Minimierung von Atomtransporten ein. Das gilt auch für Transporte aus anderen Bundesländern. Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente bedeutet dies, dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben.‘

Auf diese Aussagen stützen sich im vorliegenden Fall auch zahlreiche Anti-Atom-Organisationen. Der Umweltlandesverband BUND NRW hat Klage angekündigt, sollte das zuständige Bundesamt in Berlin eine Transportgenehmigung erteilen. Das zuständige Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) informiert über das Zwischenlager Jülich hier. Der unabhängige Atommüllreport informiert hier über das AVR-Zwischenlager in Jülich.

Von allen beteiligten Seiten wird der Abtransport der brisanten Atomfracht jedoch weiter vorbereitet. Das Transport-Unternehmen Orano aus Hanau, von der JEN als Betreiber beauftragt, will sogar jetzt für die noch ausstehende Transportgenehmigung einen Sofort-Vollzug von BASE für diesen jahrzehntealten Streit haben (dadurch sollen Klagen – wie vom BUND angekündigt – deutlich erschwert werden).

Gegen die Planungen in NRW hatte ausgerechnet der Haushaltsausschuss des Bundestags (siehe oben im Foto und gleich unten der Link) hatte – ohne jemals irgendwelche Fakten auf den Tisch zu legen – die Transporte von Jülich nach Ahaus als die kostengünstigere Variante erklärt und ihr den Vorzug gegeben, wenn keine Sicherheitsgründe dagegen sprechen. Aber weder zu den Kosten noch zu den Sicherheitsbetrachtungen gibt es bislang irgendwelche Gutachten und Informationen. Darauf verweist auch der Linken-Abgeordnete Fahl in seiner PM (s.u.).

Wohl auch deshalb hatte die Polizeigewerkschaft den Mammut-Aufwand heftig kritisiert und von einer unverhältnismäßigen Maßnahme gesprochen.

Dokumentation: Keine Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus – Moratorium jetzt! von

Dr. Fabian Fahl, Bundestagsabgeordneter der Linken aus Aachen, warnt vor den geplanten Atom Mülltransporten von Jülich nach Ahaus und fordert ein sofortiges Moratorium.

„Die geplanten Castor-Transporte sind unnötig und riskant“, erklärt Fahl. „Es ist nicht zu spät, den Atom Müll in Jülich zu belassen und ein neues, sicheres Zwischenlager vor Ort zu errichten.“

„Die ursprünglich angeführte Begründung – mangelnde Erdbebensicherheit in Jülich – ist längst widerlegt, auch durch das zuständige Bundesamt BASE. Stattdessen wird weiter auf veraltete Argumente gesetzt und werden 152 gefährliche Transporte quer durch NRW angestrebt, ohne wissenschaftliche Notwendigkeit und ohne den Einbezug der Öffentlichkeit“, so Fahl.

Fahl informiert: „Ich habe eine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung gestellt und mich zudem direkt an den Präsidenten des BASE gewandt. Ich will wissen, ob ein Verbleib des Mülls in Jülich ernsthaft geprüft wurde – oder ob hier ohne Not vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen.“

Fahl abschließend: „Wir brauchen keinen atomaren Wanderzirkus. Die Probleme müssen dort gelöst werden, wo sie entstehen. Das gebietet nicht nur die Verantwortung gegenüber den Menschen vor Ort – sondern auch gegenüber kommenden Generationen.“

LINKE NRW Castor Transporte Jülich-Ahaus: Linke wirft Wüst und Neubaur „Wortbruch“ vor

Die für die Atomaufsicht in NRW zuständige Landeswirtschaftsministerin Mona Neubaur hat auf einen an Sie adressierten zu den drohenden Castortransporten von Jülich nach Ahaus geantwortet. Dazu erklärt Linken Landessprecherin Kathrin Vogler: „Ich bedanke mich bei der Ministerin für ihre Antwort auf unser Schreiben, auch wenn ich mit dem Inhalt ihrer Antwort außerordentlich unzufrieden bin.“

In ihrem Antwortschreiben geht sie mit keinem Wort auf die von uns Linken vorgebrachten Argumente gegen die unnötigen Castortransporte ein, weder auf die inzwischen gegebene Erdbebensicherheit am Standort Jülich noch auf die mit einer Einlagerung der Jülicher Brennelemente in Ahaus verbundenen Probleme, Risiken und Gefahren.

Unter Verweis darauf, dass ‚unverändert für das bestehende AVR-Behälterlager in Jülich keine Aufbewahrungsgenehmigung des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) vorliegt, noch bisher die Erteilung zu irgendeinem Zeithorizont seitens des BASE avisiert wurde‘, stellt sie die Räumung des Jülicher Zwischenlagers als alternativlos dar: „Somit bleibt mein Haus in seiner Zuständigkeit als atomrechtliche Aufsichtsbehörde weiterhin verpflichtet, einzuschreiten, um den seit 2013 bestehenden genehmigungslosen Zustand zu regeln. Da dieser Zustand weiterhin andauert, ist insofern auch die Anordnung in der bestehenden Form zwingend aufrecht zu erhalten.“

Damit ignoriert Frau Neubaur in unseren Augen Handlungsoptionen, die sie als NRW-Atomaufsicht durchaus hat. So war der renommierte Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Dr. Ulrich Wollenteit in einem Kurzgutachten zu dem Ergebnis gekommen, dass sie als Leiterin der Landes-Atomaufsicht die Räumungsverfügung für das Jülicher Atommülllager.

Bleibt es bei dieser Positionierung, wird die Schwarz-Grüne Landesregierung in NRW der bereits im Entwurf vorliegenden Transportgenehmigung durch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) für die Jülicher Brennelemente nach Ahaus nichts Nennenswertes entgegenzusetzen haben. Dieses Nichtstun steht im klaren Widerspruch zu der Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN in NRW für die Jahre 2022-2027. Darin heißt es wörtlich: ‚Wir setzen uns für eine Minimierung von Atomtransporten ein. Das gilt auch für Transporte aus anderen Bundesländern. Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente bedeutet dies, dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben.‘

Wir Linken werden der Landesregierung diesen Wortbruch nicht durchgehen lassen und weiterhin parlamentarisch und außerparlamentarisch alles tun, um diesen Irrsinn mit 152 Schwerlasttransportern mit bestrahlten Brennelementen auf den Straßen Nordrhein-Westfalens noch zu stoppen. Wir werden uns an Protesten gegen die drohenden Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus beteiligen bzw. wenn möglich mit der Anti-AKW Bewegung und anderen Organisationen vor Ort Aktionen dagegen organisieren.“

Dateien

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Rollen ab 2026 wieder Züge nach Lubmin?

Voruntersuchung prognostizierte mehr als 500 Fahrgäste am Wochenende / Entscheidung liegt bei Land und Bund

Bereits ab dem kommenden Jahr könnten Greifswalder wieder mit dem Zug zum Strand nach Lubmin gelangen. Eine Voruntersuchung ergab eine ausreichende Nachfrage am Wochenende. Was noch passieren muss, bis die Züge rollen.

Möglicherweise fahren bereits ab 2026 wieder Personenzüge zwischen Greifswald und Lubmin. Das Projekt hat eine wichtige Hürde genommen: Eine Untersuchung der PTV Group im Auftrag der Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern (VMV) zum Fahrgastpotenzial ergab, dass sich der Betrieb am Wochenende lohnen würde. Die Stadt strebt nun einen Probetrieb an.

Dieser solle „möglichst bis 2026 auf die Schiene gebracht werden“, sagt eine Sprecherin der Stadt. Konkrete Finanzierungspläne für den Probeverkehr gebe es noch nicht. Das Gutachten liege der Stadt bisher nicht vor, heißt es in der Erklärung. Die Verwirklichung des Projekts hatte Oberbürgermeister Stefan Fassbinder als Ziel für seine zweite Wahlperiode angekündigt.

Die nächsten Schritte liegen beim Land. Noch gibt es allerdings kein grünes

Licht aus Schwerin für die neue Verbindung. Bei der Untersuchung sei die notwendige Schwelle von 500 Personenkilometer pro Streckenkilometer nach Angaben der VMV unter der Woche nicht erreicht worden. Die Untersuchung habe ergeben, dass 369 Personen an Werktagen, aber 522 Personen an Wochenendtagen die Strecke nutzen würden, heißt es in einer Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums.

Das Land müsse jetzt auf Basis von Beratungen mit dem Tourismusverband und Verkehrsunternehmen vor Ort über die mögliche Reaktivierung entscheiden, heißt es in einer Erklärung der VMV. Bei einem positiven Ergebnis müsse das Projekt außerdem noch einer Wirtschaftlichkeitsprüfung des Bundes standhalten. Was es kosten würde, den Personenverkehr wiederzubeleben, sei aktuell noch unklar, so die VMV.

Seit der Stilllegung des Kernkraftwerks Lubmin sind nur Güterzüge auf den Schienen unterwegs. Die Initiative „Strandbahn Lubmin“ von der Grünen Jugend hatte 2023 eine Petition gestartet, um für eine Reaktivierung zu werben.

Bisher ist es schwierig, den Strand von Lubmin von Greifswald aus ohne Auto zu erreichen. Das betont auch Henriette Held, Sprecherin der Grünen Jugend: „Die Stadt und Universität werben mit der Nähe zum Meer, aber der Zugang bleibt Menschen und Familien ohne Auto verwehrt“.

Die Bahnstrecke nach Lubmin über die Gebiete entlang der Strecke könne auch einen Beitrag zum angespannten Wohnungsmarkt in Greifswald leisten. Sie würde das Pendeln zwischen der Stadt und dem Umland mit seinen günstigeren Mieten erleichtern. Judith Goetsch

Wörter: 384
Autor/-in: Judith Goetsch
Seite: 10
Ressort: Lokales Greifswald
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage: 6.726 (gedruckt)¹
7.395 (verkauft)¹
7.652 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,03601 (in Mio)²

¹ IVW 4/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Abbildung: Blick auf den Werkbahnhof in Lubmin 1970. Hier stiegen täglich mehrere Tausend Menschen ein und aus, die im Kernkraftwerk tätig waren.

